



OZEANIEN/PAPUA NEUGUINEA - Heftige Debatte zum Thema Todesstrafe: „Sollen wir Kriminelle hängen?“

Port Moresby (Fidesdienst) – In Papua Neuguinea findet in allen Bereichen der Gesellschaft eine heftige Debatte zum Thema Todesstrafe statt: Institutionen, Zivilgesellschaft, Kirchen, Medien und Universitäten nehmen daran teil. Einige Sektoren der Gesellschaft fordern sogar ein Referendum zum Thema, andere setzen entschieden sich für die Aussetzung oder Abschaffung ein. Die Bischöfe lehnten auch bei einem jüngsten Treffen mit dem Premierminister die Todesstrafe als Abschreckungsmittel für Verbrecher kategorisch ab.

In einer Verlautbarung, die dem Fidesdienst vorliegt äußert sich auch der Sekretär der Kommission für soziale Kommunikation der Bischofskonferenz von Papua Neuguinea und den Salomonen, Pfarrer Giorgio Licini, zu diesem Thema: Es muss daran erinnert werden, dass die Todesstrafe bereits Teil des Justizsystems in Papua Neuguinea ist. Nach dem geltenden Recht sollte der Vollzug der Todesstrafe durch Erhängen stattfinden. Darauf haben auch der Generalstaatsanwalt und der Justizminister Kerenga Kua in ihren jüngsten öffentlichen Ansprachen unmissverständlich hingewiesen. Doch das Erhängen wird auch von der Regierung als unmenschlich und veraltet betrachtet. Doch sowohl die Regierung als auch das Parlament haben die Gesetze nicht geändert und die Modalitäten für die Vollziehung der Todesstrafe bleiben dieselben. Man würde sich wahrscheinlich für eine tödliche Spritze entscheiden, die in den so genannten weiter entwickelten Ländern eher akzeptiert ist, doch nicht einmal das wurde getan, und man fragt sich warum“, so der Medienbeauftragte.

„Die Todesstrafe, die in vielen Ländern auch heute noch vorgesehen ist, widerspricht der allgemeinen Entwicklung der Praktiken der Justiz und der öffentlichen Meinung“, so der Sprecher der Bischofskonferenz weiter, „Die Welt tendiert dazu, von der Todesstrafe Abstand zu nehmen und nicht sie zu fördern. Deshalb wird man einem Land, dass die Todesstrafe einführt oder sie begünstigt keinen internationalen Applaus erhalten, sondern eher kritisiert werden. Papua Neuguinea sollte sich nach wirkräftigeren Instrumenten umsehen. Lebenslange Haft und rehabilitierende Arbeitsprogramme könnten zum Beispiel eine besser Lösung sein.“ (PA) (Fidesdienst, 14/05/2013)